

Ist Rüstungskontrolle obsolet oder wichtiger geworden?

Reiner Schwalb, Brigadegeneral a. D., Vizepräsident GSP

Kann man in Kriegszeiten in Europa über Rüstungskontrolle reden? Spätestens mit dem russischen Überfall der Ukraine im Februar 2022 wurde die bestehende europäische Sicherheitsordnung zerstört. Bei der Ursachenforschung stellt sich auch die Frage nach einem Versagen der europäischen und internationalen Rüstungskontrolle und der vertrauensbildenden Maßnahmen und Abkommen. Gilt noch, was auf der Webseite des Verteidigungsministeriums dazu vermerkt wird? „Abrüstung und Rüstungskontrolle sind wesentliche Elemente einer vorausschauenden Sicherheitspolitik. Sie helfen, Sicherheit zwischen Staaten kooperativ zu organisieren, schaffen Kontakte auf militärischer wie ziviler Ebene und langfristig damit auch ein Mehr an Vertrauen und Berechenbarkeit“.

Im Kern gilt: Rüstungskontrolle begrenzt militärische Fähigkeiten; Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) schaffen über Transparenz politisches Vertrauen, und humanitäre Abkommen dienen der Stärkung des humanitären Völkerrechts. Im Folgenden seien auch VSBM und humanitäre Abkommen unter dem Kürzel Rüstungskontrolle subsumiert. Diese erlebte ihre stabilisierende „Hochzeit“ und fruchtbarste Periode kurz vor Ende des Kalten Krieges bis zum Jahrtausendwechsel. Zunächst ging es um nukleare und dann auch um konventionelle Rüstungskontrolle. Es folgte eine Periode humanitärer Regeln und Maßnahmen. Schlaglichtartig gilt es zu beleuchten, wie es zu einer Erosion der Rüstungskontrolle kam, was Staaten und Bündnisse von ihr erwarten können und an welche Voraussetzungen diese Erwartungen geknüpft werden sollten.

In der im Juni verabschiedeten Nationalen Sicherheitsstrategie wird festgestellt: „Der Erhalt und die Weiterentwicklung der globalen Rüstungskontrollarchitektur, die Reduzierung von Risiken und die Prävention von Eskalation haben weiterhin große Bedeutung für die Bundesregierung. Effektive und verifizierbare Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung tragen zu unserer Sicherheit bei und sind komplementär zu Abschreckung und Verteidigung.“

Erwartungen an Rüstungskontrolle

Im Kern gilt es, durch Rüstungskontrolle Maßnahmen der Berechenbarkeit, Stabilität und Vertrauen zwischen potenziellen Gegnern und in definierten Räumen zu erhöhen und Krisenreaktionsmechanismen zu entwickeln, die die Wahrscheinlichkeit eines nicht intendierten Konflikts oder Krieges minimieren. Darüber hinaus sollten humanitäre Abkommen die Zivilbevölkerung in einem Krieg und nach Beendigung der Kampfhandlungen besser schützen. Rüstungskontroll-Abkommen scheinen als Instrument moderner Sicherheitspolitik und Ordnungspolitik unverzichtbar, auch wenn diese allein nicht ausreichen, Kriege zu verhindern. Der Wille zu Rüstungskontroll-Abkommen ist interessegeleitet. Der potenziell schwächere Gegner verfolgt diese, weil sie ihm ein höheres Maß an Sicherheit verschaffen und der vermeintlich Stärkere, weil er damit bei Erhalt der Sicherheit und Stabilität Kosten spart.

Lehren aus der Erosion

An den folgenden vier Beispielen seien, grob vereinfachend, mögliche Gründe für das Scheitern von Abkommen beleuchtet. Ein Scheitern, welches zu Fehlinterpretation führt und damit zu perzipierter erhöhter Unsicherheit und wachsendem Misstrauen.

Bei dem 1999 geschlossenen Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa führten zusätzliche, nicht im Vertrag vereinbarte, politische Forderungen zum Scheitern; Forderungen der westlichen Staaten bei der OSZE-Konferenz in Istanbul, welchen Russland zugestimmt hatte. Der durch die USA gekündigte Anti-Ballistic-Missile Vertrag (ABM) wurde zwar aus nachvollziehbaren Gründen beendet, allerdings fehlte ein ihn ersetzendes Abkommen zum Erhalt strategischer Stabilität. Der sehr erfolgreiche Intermediate-Nuclear-Forces Vertrag (INF) wurde, nach gegenseitigen Vorwürfen der Verletzung desselben, gekündigt. Es existierte zur Zeit der Beendigung kein Verifikationsregime mehr.



Kurzstreckenrakete Iskander

Bei den im Wiener Dokument von 2011 vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen, führte z. B. die politisch geprägte Wahrnehmung der russischen und belarussischen Übungstärke, die Fakten ignorierend, zu einem weiteren Erodieren des Vertrauens. Als Beispiel für humanitäre Abkommen mag das Osloer Abkommen (Verbot zum Einsatz, der Lagerung und der Herstellung) von Streumunition herhalten, welches zwar von uns ratifiziert wurde, dessen Einhaltung im Krieg gegen die Ukraine aber nicht angemahnt wurde, da es, so der Sprecher der Bundesregierung, „... um einen Einsatz durch die eigene Regierung zur Befreiung des eigenen Territoriums“ und damit als akzeptabel angesehen wurde. Letzteres konterkariert das Argument, dass für uns die Stärke des Rechts gelten muss und dies auch, wenn für andere dieses Abkommen nicht rechtsverbindlich ist. Um unserer nationalen und internationalen Glaubwürdigkeit keinen Schaden zuzufügen, sollten politische Verantwortungsträger auch öffentlich zu diesen Verträgen stehen. Aus diesen Beispielen könnte man wesentliche Lehren, die einer differenzierten Analyse bedürfen, wie folgt ziehen: Es sollte keine politische Überfrachtung von verhandelten Verträgen geben. Vertragsausstieg ohne neue Rüstungskontrollmaßnahmen (strategische Stabilität) ist schädlicher als keinen Vertrag einzugehen; Verifikation ist Schlüssel zum Erfolg. Politische Ideologie sollte die Fakten nicht ignorieren.

Wie weiter bei der Rüstungskontrolle?

Überlegungen zur zukünftigen Rüstungskontrolle in Europa oder dem OSZE-Raum müssen die Interdependenzen zu anderen militärischen Spannungsregionen einbeziehen. So wird jeder neue Vertrag zur Begrenzung oder Abschaffung von landgestützten Mittelstreckenwaffen Folgen für den pazifischen Raum haben. Sie sollte im multilateralen, im bilateralen und im multipolaren Kontext gesehen werden. Sie kann und sollte eine zukünftige Rolle in der internationalen und europäischen Ordnungspolitik spielen, da sie, richtig genutzt, das Potenzial besitzt, Stabilität, Vertrauen und Frieden zwischen Staaten zu fördern. Sie wird Kriege auch in Zukunft nicht verhindern können, wird es aber schwerer machen, diese zu beginnen oder zu führen.

Zurück zur Ausgangsfrage: Kann man in Kriegszeiten in Europa über Rüstungskontrolle reden? Einige Fragen scheinen zu drängend, als dass man diese für Jahre auf Eis legen kann. So die Fragen zu strategischer Stabilität und auch zu künstlicher Intelligenz. Die USA und Russland scheinen der strategischen Stabilität, die auch in unserem europäischen Sicherheitsinteresse liegt, Priorität einzuräumen. Um eine wie auch immer geartete Nachfolgevereinbarung zu „New START“ oder zur strategischen Sta-

bilität zu entwickeln kann und muss man 2023 Gespräche führen. So bot der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Joe Biden, Jake Sullivan, in einer Anfang Juni 2023 gehaltenen Rede Russland und China Gespräche über nukleare Rüstungskontrolle „ohne Vorbedingungen“ an.

Da sowohl für NATO als auch für Russland eine direkte militärische Konfrontation zu vermeiden, extrem wichtig zu sein scheint, sollten jetzt auf militärischer NATO-Russland-Ebene Gespräche geführt werden, die zum Ziel haben, die Gefahr eines nichtintendierten Ausufers des Krieges zu minimieren. Gerade die im Umgang mit Russland so wichtigen militärischen Kontakte kamen zwischen 2014 und 2022 fast vollständig zum Erliegen. Konventionelle Rüstungskontrolle im OSZE-Raum, wie regionale definierte Obergrenzen, Stationierungsbeschränkungen und auch Übungsbeobachtungen müssen folgen, sollten aber von uns jetzt schon durchdacht werden. Deshalb ist es zweckmäßig, auch alle für die Ukraine angedachten Unterstützungsmaßnahmen langfristig zu betrachten und Rüstungskontrolle-Experten einzubeziehen.

Zusammenfassung und Fazit

Grundsätzlich kann Rüstungskontrolle zur Förderung des Friedens beitragen. Sie verringert in Verbindung mit not-

wendiger Abschreckung die Gefahr von Aufrüstungswettläufen und bewaffneten Konflikten bei gleichzeitigem Erhalt von Stabilität. Es geht primär um mehr Sicherheit und beherrschbare Eskalation. Durch Verhandlungen und Vereinbarungen können Staaten Vertrauen untereinander aufbauen. Das Teilen von Informationen über Rüstungsbestände und militärische Aktivitäten fördert Transparenz und verringert das Misstrauen. Es fördert Kontakte zwischen Militärs und Diplomaten – die besonders in Krisenzeiten wichtig sind – und schafft so eine Plattform für den Dialog zwischen Staaten. Dies darf nicht den Blick dafür trüben, dass finanziell abgesicherte Abschreckung auf absehbare Zeit Priorität haben wird. Rüstungskontroll-Abkommen können die Rolle und Bedeutung der Vereinten Nationen und der OSZE stärken. Dies fördert die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Sie sind essenziell zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und auch der Gefahren in Verbindung mit Künstlicher Intelligenz. Deswegen sollten wir gerade jetzt, während des Krieges in Europa, über Rüstungskontrollmaßnahmen als ordnungspolitisches Mittel nachdenken.

In eigener redaktioneller Verantwortung.

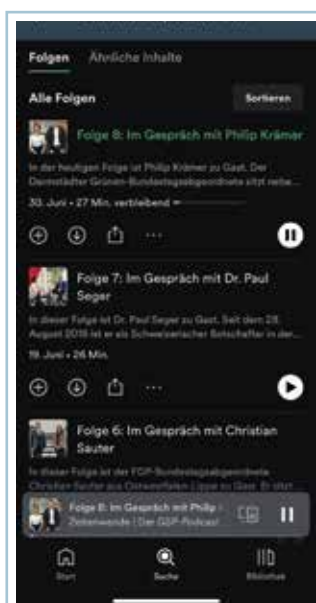
Die Gesellschaft im Netz: Block, Twitter, Instagram und Podcast



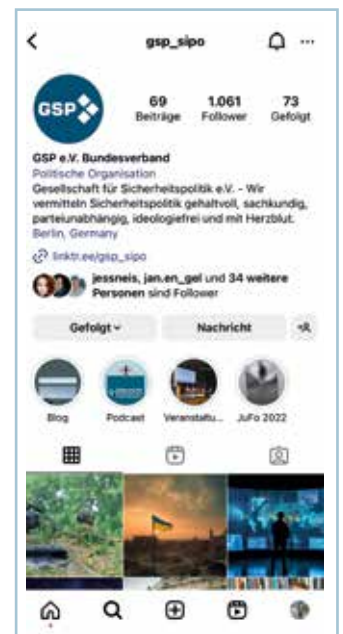
mitsicherheitkontrovers.de



twitter.com/GSPsipo



<https://open.spotify.com/show/3Z42mZ6qXNsyEefj6GhvKZ>



instagram.com/gsp_sipo

